



Ausgabe Januar 2021

HIBS-TEAM NEWSLETTER

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,**



wir, die sieben Landtagsabgeordneten innerhalb der CDU-Fraktion, bilden das sogenannte „HiBs“-Team. „HiBs“ steht hierbei für die Regionen Hildesheim und Braunschweig. Als Abgeordnete unserer Regionen, machen wir uns im Landtag in Hannover gemeinsam für die Interessen der gesamten Region Südniedersachsen stark. Dabei ist es uns ein großes Anliegen, die Interessen der Menschen aus unseren Wahlkreisen auch direkt vor Ort zu unterstützen.

Wir haben alle gespannt auf den Impfgipfel am 01.02.2021 geblickt. Nach langen Diskussionen haben die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten einen Konsens finden können. Mit der Einführung eines nationalen Impfplans besteht nun die Möglichkeit mehr Klarheit und Ordnung in den gesamten Impfprozess zu geben. Als „HiBs“-Gruppe freut uns dies vor allem für Niedersachsen, wo der Impfstart vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung unter der Leitung von Carola Reimann (SPD) verstoßelt wurde. In unserem Leitartikel besprechen wir die Versäumnisse klar an und fordern eine rasche Nachbesserung in diesem Bereich.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen und verbleiben mit herzlichen Grüßen

Ihr „HiBs“-Team

Frank Oesterhelweg

Uwe Schünemann

Veronika Koch

Thomas Ehbrecht

Laura Hopmann

Christoph Plett

Oliver Schatta



Ausgabe Januar 2021

Leitartikel

„HiBs-Team“: Niedersachsen ist Schlusslicht bei der Impfquote – Land muss raus aus dem „Impfchaos“

Auch das neue Jahr 2021 steht weiter unter den Vorzeichen der COVID-19-Pandemie. Mit einer zunehmenden Zahl an Impfstoffen steigt die Hoffnung die Pandemie in den Griff zu bekommen. Damit einhergehend stiegen jedoch auch die Erwartungen. Lieferprobleme, zu wenig Impfstoffe, überlastete Hotlines bei der Terminvergabe und Benachrichtigungen für einen Impftermin an Verstorbene wurden diesen Erwartungen jedoch nur mäßig gerecht. Dieser Zustand wirft Niedersachsen auf die unteren Plätze im bundesweiten Vergleich der Impfquote. In Norddeutschland belegt Niedersachsen sogar den traurigen letzten Platz.

Enttäuschend ist vor allem, dass vorhersehbaren technischen Problemen nicht im Voraus entgegenengewirkt wurde. Ein Ansturm auf die vom Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (SPD) organisierte Telefonhotline wurde sogar vom Ministerium selbst prognostiziert. Vorgebeugt wurde dem jedoch nicht. Die Folge war eine völlig überlastete Hotline, die für viele Menschen nicht mehr erreichbar war. Ähnliche Probleme gab es bei der

Terminvergabe über das Internet. Durch eine nötige Verifizierung erhielten die Seniorinnen und Senioren eine SMS mit einem Bestätigungscod. Auch hier kam es zu technischen Problemen, wodurch mehrere tausend Nachrichten mit starker Verzögerung bei den Betroffenen ankamen. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Code bereits seine Aktualität verloren und musste neu generiert werden. Die Administration der Terminvergabe wird von der externen Firma Majorel Deutschland organisiert, die vom Gesundheitsministerium beauftragt wurde.

Weitere Pannen sind die Zuweisung von Seniorinnen und Senioren an weit entfernte Impfzentren, da vor Ort keine Termine freigeschaltet werden konnten. Verschlechtert wird die Terminvergabe zusätzlich durch die bundesweiten Lieferengpässe. Immerhin dem beschriebenen „Impftourismus“ hat das Ministerium für Gesundheit nun Einhalt geboten.

In diesem Wirrwarr fällt es dennoch schwer durchzusteigen. Gerade die betroffenen Seniorinnen und Senioren fühlen sich alleingelassen. Massive Probleme bei der Terminvergabe und lange Anreisen zu entfernten Impfzentren sorgen zudem für nachvollziehbare Frustration und Verzweiflung. Dieser Zustand ist nicht länger hinnehmbar und gefährdet die gesamte Impfstrategie Niedersachsens. Das Land Niedersachsen braucht Verlässlichkeit über die Zeitpläne und verfügbare Impfstoffe seitens der

Bundesregierung. Voraussetzung ist aber auch eine funktionierende Logistik, die durch das niedersächsische Ministerium für Gesundheit nicht angemessen zur Verfügung gestellt wurde.

Diese Sorge teilt auch Wirtschaftsminister und CDU-Landesvorsitzender Niedersachsens Dr. Bernd Althusmann: „Wenn wir weiterhin erfolgreich durch die Krise kommen wollen, muss das besser organisiert sein.“ Die beschriebenen Pannen müssen daher zügig von Gesundheitsministerin Carola Reimann behoben werden.

Große Hoffnungen lagen nun auf dem Impfgipfel am vergangenen Montag, den 01.02.2021. Dort einigten sich die Ministerpräsidenten der Bundesländer mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf einen nationalen Impfplan. Dieser Schritt ist zu begrüßen und verschafft auch Niedersachsen mehr Planungssicherheit und einen verbesserten Umgang mit angebotenen Anmeldungen für einen Impftermin. Darüber hinaus kündigte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn eine Änderung der Impfverordnung an. Demnach soll es bereits den unter 65-Jährigen ermöglicht werden, sich mit dem Impfstoff des Pharmakonzerns AstraZenec impfen zu lassen. Alle über 65-Jährigen haben weiterhin den Anspruch sich mit den beiden anderen Impfstoffen von Biontech/Filser und Moderna impfen zu lassen. Damit der nationale Impfplan der Bundesregierung auch vor Ort in die Tat umgesetzt werden kann, muss aber auch die Administration

und Logistik in Niedersachsen vollumfänglich ohne Mängel zur Verfügung stehen. Voraussetzung dafür ist eine einfache und bedienerfreundliche Plattform zur Anmeldung für einen Impftermin. Hier muss die niedersächsische Ministerin für Gesundheit Carola Reimann (SPD) dringend nachbessern. Immerhin ist die Warteliste jetzt auch über die Internetplattform freigeschaltet.

Zuversichtlich stimmen jedoch die bereits ausgezahlten finanziellen Unterstützungen der Kommunen durch Dr. Bernd Althusmanns (CDU) Ministerium für Wirtschaft Niedersachsen. Auf Beantragung wurden hier bereits Milliardenbeträge in Form der Überbrückungshilfe I und II ausgezahlt. Dies ist ein klares Zeichen, dass die Kommunen nicht im Regen stehen gelassen werden. Diese Unterstützung muss nun auch endlich für die Menschen vor Ort in Bezug auf die Impfungen reibungslos stattfinden. Die aktuelle Prioritätenreihenfolge sieht vor, dass in einer ersten Stufe die über 80-Jährigen sowie medizinisches Kranken- und Pflegepersonal geimpft werden. In der zweiten Stufe sind die über 70-Jährigen, Vorerkrankte sowie Polizei- und Ordnungskräfte an der Reihe. In der dritten Stufe werden die über 60-Jährigen, Erzieher und Lehrer geimpft.

Die nachstehende Übersicht veranschaulicht die beantragten und ausgezahlten Überbrückungshilfen durch das niedersächsische Ministerium für Wirtschaft:

Kommune	Anträge ÜBH I	ausgezahlte Anträge ÜBH I	Anträge ÜBH II	ausgezahlte Anträge ÜBH II	Anträge Nov Aid	beantragte Summe Nov Aid	ausgezahlte Summe Nov Aid
Braunschweig, Stadt	306	3.461.448,37 €	246	3.304.640,65 €	742	14.320.106,67 €	3.720.161,65 €
Goslar	156	1.370.106,27 €	104	975.961,58 €	578	7.768.931,32 €	2.289.845,85 €
Göttingen	277	2.65.577,60	211	1.858.346,79 €	603	12.020.668,03 €	2.955.503,01 €
HamelN-Pyrmont	153	1.224.563,13 €	159	888.555,96 €	411	4.412.390,24 €	1.619.317,22 €
Helmstedt	81	1.041.751,57 €	46	600.187,66 €	158	3.574.973,48 €	767.293,04 €
Hildesheim	346	2.839.794,66 €	218	1.575.973,66 €	706	12.416.941,81 €	3.718.401,64 €
Holzminde	64	558.116,50 €	53	320.202,66 €	166	2.034.118,00 €	683.412,55 €
Northeim	150	1.258.242,66 €	98	437.382,28 €	308	6.098.032,32 €	1.159.397,73 €
Osterode am Harz	90	533.498,73 €	61	338.907,14 €	268	3.275.890,14 €	1.166.170,74 €
Peine	122	969.078,89 €	60	306.583,75 €	265	3.281.522,92 €	1.158.820,42 €
Salzgitter, Stadt	79	698.333,82 €	77	560.609,10 €	195	2.721.771,11 €	812.269,84 €
Wolfenbüttel	79	718.033,39 €	61	201.286,35 €	252	3.907.182,58 €	1.074.688,30 €
Wolfsburg, Stadt	115	1.314.619,91 €	94	1.206.074,69 €	307	4.962.298,76 €	1.487.261,34 €

CDU-Bundesparteitag

„HiBs-Team“: Laura Hopmann in den CDU-Bundesvorstand gewählt – Südniedersachsen nun dreifach im Vorstand vertreten



Laura Hopmann MdL

Den CDU-Bundesparteitag vom 15. bis 16. Januar haben alle mit Spannung erwartet. Neben dem neuen Parteivorsitzenden Armin Laschet wurde auch ein neuer Bundesvorstand und das Präsidium gewählt. Mit einem Amt im CDU-Bundesvorstand hat jedes Vorstandsmitglied die Möglichkeit, Einfluss auf die politischen Entscheidungen der CDU auszuüben und gleichzeitig Aufmerksamkeit für die Themen der eigenen Heimat zu wecken.

Auch unser „HiBs-Mitglied“ Laura Hopmann zählte zu den Bewerberinnen um einen Sitz im Bundesvorstand und erwartete mit großer Spannung das Ergebnis ihrer eigenen

Kandidatur. Seit 2017 vertritt die gebürtige Hildesheimerin bereits die Interessen ihrer Heimatstadt im Niedersächsischen Landtag. Von der Jungen Union Deutschlands wurde sie im Vorfeld als eine von drei Kandidatinnen für den CDU-Bundesvorstand nominiert. Ihre Motivation war von Anfang an klar: „Ich wünsche mir einfach mehr Identifikationspersonen in unserer Partei. Gerade, um für nachfolgende Generationen attraktiver zu werden, will ich die CDU modernisieren“, so die Hildesheimerin. Im Bundesvorstand will sie dabei helfen, dass die Union auch für künftige Generationen politische Heimat bleibt. Auch der Interessenausgleich zwischen den Generationen ist ihr ein besonderes Anliegen: „Wir brauchen vielfältiges Personal. Die 30-Jährige muss sich genauso wiederfinden wie der 65-Jährige. Sonst sind wir keine Volkspartei.“

Entsprechend groß war die Freude über Hopmanns Wahl in den neuen CDU-Bundesvorstand – zumal sie das viertbeste Wahlergebnis insgesamt erhielt! Gemeinsam mit Frank Oesterhelweg und Elisabeth Heister-Neumann, die beide erneut Teil des Vorstandes sind, ist die Region Südniedersachsen damit nun dreifach im CDU-Bundesvorstand vertreten.

Sicherheit und Justiz

Uwe Schünemann: Linksextremismus – Die unterschätzte Gefahr



Uwe Schünemann bei seiner Rede im Landtag zum Linksextremismus

Zweifelloos ist die größte Gefahr für unsere Demokratie derzeit der Rechtsextremismus. Dies zeigen die jüngsten Anschläge in Halle und Hana und der feige Mord an Walter Lübcke.

Wir müssen aber verhindern, dass sich der Linksextremismus in unserem Land im Windschatten des Rechtsextremismus und islamistischen Terrorismus ungehindert ausbreiten kann.

Die massiven Brandanschläge auf die Landesaufnahmebehörde in Braunschweig und Hannover sind ein alarmierendes Signal. Bereits im letzten Jahr sind die linksextremistisch motivierten Straftaten in Deutschland deutlich angestiegen. Es wurden mehr als 6.400 Straftaten registriert, ein Plus von 40 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Das Personenpotenzial der Autonomen und sonstigen gewaltbereiten Linksextremisten sowie Anarchisten hat sich in Niedersachsen im Jahr 2019 von 700 auf 780 Personen erhöht. 2019 wurden in Niedersachsen 901 PMK-Straftaten – links gezählt, 2018 war es „nur“ 556.

Der Linksextremismus ist in Niedersachsen ein ernstzunehmendes Problem für unsere Demokratie. Wichtigste Themen sind der sogenannte Antifaschismus und die Konfrontation mit rechten Parteien. Vorwiegend junge männliche Tatverdächtige tummeln sich in den Hotspots Göttingen, Hannover, Braunschweig und Lüneburg.

Ein deutliches und alarmierendes Warnsignal ist die niedrige Aufklärungsquote von nur noch 25 Prozent bei sinkender Tendenz. 2011 lag die Aufklärungsquote bei linksmotivierten Staatsschutzdelikten noch bei ca. 40 Prozent.

Es gibt keinen „guten“ oder „harmlosen“ Extremismus. Die Ziele aller Extremisten, egal aus welchen Motiven, sind gleich: Sie wollen unsere freiheitlich demokratische Gesellschaft erschüttern und aus den Angeln heben!

Deshalb sollten folgende Maßnahmen umgehend ergriffen werden:

1. Der Linksextremismus und -terrorismus muss intensiver erforscht werden. Dabei sind schwerpunktmäßig subkulturelle Erscheinungsformen wie etwa die „Antifaschistischen Aktion“ oder

nicht militante aber gleichwohl extremistische Gruppierungen in den Blick zu nehmen.

2. Präventionsprojekte müssen erstellt und wissenschaftlich begleitet werden. Zu den Präventionsinhalten gehören unter anderem die Themen „Demokratieförderung/politische Bildungsarbeit“, vor allem mit Jugendlichen. Eine demokratische Streitkultur sind neben einer Gewaltprävention und einem Deeskalationstraining Kernelemente einer erfolgreichen Präventionsarbeit.

4. Staatsschutz und Verfassungsschutz müssen personell im Bereich Linksextremismus besser ausgestattet werden. Links motivierte Straftaten sind vom polizeilichen Staatsschutz ebenso konsequent aufzuklären und zu verfolgen wie andere Staatsschutzdelikte.

5. Die Arbeit von Polizei und Verfassungsschutz bei der Bekämpfung des Linksextremismus ist ebenso zu würdigen und wertzuschätzen wie bei anderen Formen des Extremismus.

6. Sicherheitsbehörden benötigen für ihre Arbeit rechtlich abgesicherte Instrumente und Befugnisse. Nach der Polizeirechtsnovelle muss das niedersächsische Verfassungsschutzgesetz dringend reformiert werden. Das rot-grüne Gesetz wird im Kreis der Verfassungsschützer als „schlechtestes Ländergesetz“ gebrandmarkt. So der hessische Datenschutzbeauftragte zu: „Wir haben nicht die Kastration des

Verfassungsschutzes betrieben wie das Land Niedersachsen, sondern wir haben dem Verfassungsschutz die notwendigen Instrumente geliefert.“

7. Der jetzt von der CDU gegenüber dem Koalitionspartner durchgesetzte Gesetzentwurf schafft notwendige zusätzliche Eingriffsrechte aber auch Befugnisse, die dafür sorgen, dass die Sicherheitsbehörden weitgehend unbürokratisch arbeiten und sich damit den Kernaufgaben widmen können. Umfassend ist diese Novelle noch nicht. Wir setzen auf die Anhörung im Ausschuss. Markigen Worten des amtierenden Innenministers müssen auch Taten folgen!

Gesundheit und Soziales

Veronika Koch: Mutmacher-Aktionen für das Alloheim Grasleben



Veronika Koch (links) mit Alloheim-Transparent

Trotz sehr konsequenter Vorsichtsmaßnahmen des Hauses hat das Corona-Virus zu Beginn des Jahres das Alloheim in Grasleben erreicht. Die Zahl der „Positiven“ unter den Bewohnern sowie auch der Mitarbeitenden ist in nur kurzer Zeit rasant gestiegen und leider ist es auch bereits zu Todesfällen gekommen.

Die Anteilnahme im Ort ist groß - gleichwohl die Bevölkerung selbst nur bedingt helfen kann. Aber es gibt regelmäßige Kuchenspenden für die Mitarbeiter, beide Kindergärten haben auf Anregung der Graslebener Bürgermeisterin Veronika Koch kurzerhand für die Bewohner Bastelarbeiten geschickt und ein freundliches Plakat übermittelt. Grüße aus dem Ort.

Auch die Bergkapelle Grasleben übermittelte einen Gruß. Trotz eisiger Minusgrade erfreuten die Herren die Bewohner des Alloheims am Wochenende in einer musischen Stunde mit fröhlicher Blasmusik - hinter den Fensterscheiben wurde dazu geklatscht und geschunkelt.

„Solcherlei kleine Gesten helfen, den Menschen in ihrem sorgenvollen Alltag ein wenig Freude zu schenken“, berichtet Veronika Koch und wünscht damit den Erkrankten einen milden Krankheitsverlauf.

Veronika Koch: Chaos bei Impfterminvergabe „mehr als peinlich!“

Zum aktuellen Chaos bei der Impfterminvergabe äußert sich Veronika Koch MdL, die Mitglied der Enquêtekommission zur Sicherstellung der Medizinischen Versorgung des Landtages ist:

„Ich beteilige mich nicht so schnell an öffentlicher Kritik an Maßnahmen der Landesregierung. In dieser besonderen Pandemie-Situation werden auch Entscheidungen getroffen, die sich nicht immer als glücklich herausstellen. Dass es auch zu Fehlentscheidungen kommt, kann nicht immer vermieden werden. Aber der Versand der „Impf-Info-Briefe“ an den Personenkreis der über 80-Jährigen ist wirklich mehr als peinlich. Personen, die jahrzehntelang verstorben oder die Altersgrenze längst nicht erreichen, sind

angeschrieben worden. Dass es zu falschen Adressaten kommen würde, lag auf der Hand - und vor allem gab es in dieser Frage eine verlässliche Lösung der kommunalen Spitzenverbände! In diesem Zusammenhang ein dickes Dankeschön an unsere Kommunen, die stets um eine verantwortungsbewusste Umsetzung der Regelungen der Landesregierung bemüht sind!

Übergaben fanden jeweils vor den Heimen, corona-gerecht mit Abstand und mit Maske statt.

Veronika Koch: Einfach mal DANKE sagen!



„Einfach einmal #Danke sagen denen, die IMMER in ihrem Job viel leisten müssen - und in diesen Tagen eben ungleich mehr...“ Unter diesem Motto verteilte die Landtagsabgeordnete Veronika Koch mit ihrem Büroteam frisch gebackene Christstollen an Alten- und Pflegeheime im Landkreis Helmstedt. Kurz vor dem Weihnachtsfest wollte sie damit ein Zeichen der Wertschätzung den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf direktem Weg zukommen lassen. Die

Umwelt und Landwirtschaft

Christoph Plett: Gemeinsame Wege für Naturschutz und Landwirtschaft finden – Neubewertung der „roten Gebiete“ inklusive Einführung des Verursacherprinzips schafft deutliche Erleichterungen im Peiner Südkreis und in Salzgitter



Für unsere Landwirte war das vergangene Jahr kein einfaches. Trotz der Einigung zur gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik führt gerade die neue Düngeverordnung zu steigenden Belastungen für unsere Landwirte. Die Ausweisung der nitratsensiblen Gebiete, also der sogenannten 'roten Gebiete' mit zu hoher Nitratkonzentration, die auch sehr große Teile des Peiner Landes betroffen haben und die einen um 20 Prozent verringerten Düngereinsatz sowie weitere enge Reglementierungen zum Düngen vorschreiben, erschweren eine rentable Flächenbewirtschaftung bei verringertem Düngereinsatz,

wenn sie nicht an einigen Stellen gar unmöglich wird.

Kurz vor Weihnachten gab es für einige Landwirte dann ein Licht am Ende des Tunnels: Nach einer Neubewertung der betroffenen Gebiete, der Überprüfung der Messstellen auf Verlässlichkeit und der Einführung des Verursacherprinzips – nicht jeder Nitratintrag in das Grundwasser stammt schließlich aus der Landwirtschaft – gelten nur noch circa 30 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen in Niedersachsen als zu stark belastet. Vor der Neubewertung waren es noch 39 Prozent. Generell ist die neue Regelung gerechter und trifft unsere Landwirte weniger pauschal, wenngleich der verminderte Düngereinsatz für die Landwirte, die weiterhin davon betroffen sind, natürlich unverändert eine Zumutung darstellt.

Konkret auf das Peiner Land bezogen bedeuten die neuen Bewertungskriterien besonders für die Landwirte im Peiner Südkreis große Erleichterungen: Waren nach der alten Regelung lediglich einige Flächen östlich von Gadenstedt und bei Lengede nicht als rotes Gebiet geführt, ansonsten aber fast der komplette Landkreis, so gibt es nach der neuen Regelung südlich der A2 im Landkreis Peine kaum noch Flächen, die als nitratsensibles Gebiet gelten. Auch die Flächen auf dem Gebiet der Stadt Salzgitter sind fast vollkommen ausgenommen und nicht als nitratsensible Gebiete geführt. Mit Sorge betrachte

ich allerdings die Situation der Landwirte im Peiner Nordkreis bzw. mit Flächen nördlich der A2 – hier sind nach wie vor fast alle Flächen als nitratsensibles Gebiet gekennzeichnet, die Vorschriften zur Düngung unter Bedarf greifen weiterhin. Natürlich müssen wir auf die Nitratbelastung des Grundwassers achten und eine Patentlösung habe auch ich nicht, aber: Unsere Landwirte im Peiner Land und in ganz Niedersachsen müssen langfristig die Möglichkeit haben, ihren Beruf profitabel und auf Grundlage verlässlicher Regeln auszuüben, das sterben der Höfe darf nicht einfach so akzeptiert werden. Hier werden sicherlich noch einige kluge Ideen nötig sein.

Wichtig ist mir dabei, gemeinsam mit der Landwirtschaft nach den besten Lösungen zu suchen und auch auf ihre Expertise zurückzugreifen.

Wie es gehen kann, hat sich doch schon gezeigt: Die ebenfalls kurz vor Jahresende 2020 getroffene Einigung bei den Verhandlungen zum Niedersächsischen Weg zeigt, wie sich die Interessen des Naturschutzes und der Landwirtschaft auch auf dem Verhandlungsweg vereinen lassen. Ich bin überzeugt: Mit Gegeneinander erreichen wir gar nichts. Aber so, mit Verständnis für die Sichtweisen und Notwendigkeiten des Gegenübers, können wir die Landwirtschaft sowie den Umweltschutz in Niedersachsen zusammenführen.

Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) kann ich im Rahmen ihrer Planungen zu einem

Insektenschutzgesetz des Bundes nur sehr davon abraten, auf einseitige Vorschriften anstelle von Anreizen gegenüber den Landwirten zu setzen und somit nicht den Weg des Austauschs zu gehen. Ein solches Gesetz, wie es derzeit in ihrem Entwurf vorgesehen ist, würde unseren Niedersächsischen Weg fast vollständig konterkarieren.

Die Lösung kann aus meiner Sicht auch für den Bund nur darin liegen, wie beim Niedersächsischen Weg geschehen, gemeinsam mit der Landwirtschaft nach Lösungen beim Umwelt-, Arten- und Gewässerschutz zu suchen und mit Anreizen sowie finanzieller Honorierung der Leistungen von Landwirten zu arbeiten. Dass unsere niedersächsische Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast gemeinsam mit ihren CDU bzw. CSU-Amtskollegen aus Baden-Württemberg und Bayern einen entsprechenden Brief an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel geschrieben und darin Mithilfe bei der Erarbeitung eines Bundes-Insektenschutzgesetzes angeboten, den derzeitigen Entwurf aber zurückgewiesen hat, halte ich daher für absolut richtig. Auf unsere guten Erfahrungen aus Niedersachsen sollte der Bund aufbauen, der derzeitige Entwurf von Frau Schulze ist dagegen nicht zustimmungsfähig.

Veronika Koch: Zusätzliche Rote Gebiete im Landkreis Helmstedt – Koch fordert verursachergerechte Ausweisung



Veronika Koch (Erste v. r.) bei der Mahnwache der Landwirte vor dem Landtag

Zum Ende des vergangenen Jahres präsentierte Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast die aktualisierten Ausweisungen der „Roten Gebiete“ in Niedersachsen. Insgesamt hat sich in Niedersachsen die Gebietskulisse der „Roten Gebiete“ von ursprünglich 39 auf 30 Prozent verringert. Allerdings ist es bei der Bewertung aufgrund neuer Forderungen der EU-Kommission auch zu einer Verschiebung der Roten Gebiete gekommen, wovon auch Bereiche im Landkreis Helmstedt betroffen sind.

Vor dem Hintergrund der massiven Benachteiligung landwirtschaftlicher Betriebe, deren Flächen im Rahmen des aktuellen Verfahrens trotz jahrelanger grundwasserschonender Bewirtschaftung als nitratsensibles Gebiet ausgewiesen worden sind, kritisiert die Helmstedter

Landtagsabgeordnete Veronika Koch (CDU) die großflächige immissionsbasierte Binnendifferenzierung und fordert das zuständige Umweltministerium dazu auf, die hierfür benötigte Datengrundlage bereitzustellen. Ziel muss nach wie vor sein, die Ausweisung der Roten Gebiete verursachergerecht und regionalisiert vorzunehmen. Für viele betroffene Landwirte ist die aktuelle Gebietskulisse nicht nachvollziehbar. Erst wenn es eine nachvollziehbare Zuordnung von einem roten Brunnen und der Ausweisung eines roten Gebietes gibt, wird Akzeptanz erzielt werden können. Das gelingt nur bei einer kleinteiligeren Betrachtungsweise. Durch dieses Vorgehen können nitratsensible Gebiete gezielter als bisher ausgewiesen werden. Zudem kann besser als bisher dargelegt werden, warum auf einigen Flächen erhöhter Handlungsbedarf besteht. Dieser verbesserte Ansatz ermöglicht einen guten Weg zwischen notwendigem Gewässerschutz und den fachlich begründeten Anliegen der Landwirtschaft.

Mit Blick in die Zukunft wird Koch sich auch im Dialog mit Ministerin Otte-Kinast dafür einsetzen, dass die betroffenen Landwirte die Möglichkeit erhalten, von den starren Auflagen der Roten Gebiete befreit werden zu können. Über die Erfassung einzelbetrieblicher Stickstoffsalden, die laufend in der elektronischen Nährstoffmeldung Niedersachsen (ENNI) von der Landwirtschaftskammer erfasst werden, lässt sich

transparent darstellen, dass im Sinne eines nachhaltigen Wasserschutzes gewirtschaftet wird, worauf für die Beurteilung einer Befreiung zurückgegriffen werden kann.

Frank Oesterhelweg: Faire Preise für hochwertige Lebensmittel – Oesterhelweg im Gespräch mit Landwirten



Ministerin Otte-Kinast (Zweite v. l.), MdL Frank Oesterhelweg (Sechster v. r.) u. Staatssekretär Prof. Dr. Theuvsen (Erster v. r.)

„Sehr offene und informative Gespräche“ mit seinen Berufskollegen von „Land schafft Verbindung“ (LsV) hat der CDU-Landtagsabgeordnete Frank Oesterhelweg bei deren Mahnwache zwischen dem Umwelt- und dem Landwirtschaftsministerium in Hannover geführt. Mit dabei waren auch Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast, Staatssekretär Ludwig Theuvsen und Oesterhelwegs langjähriger Fraktionskollege Heiner Schönecke. Themen waren unter anderem die zu niedrigen Preise für hochwertige

Agrarprodukte, die Düngerrichtlinie und die aus Sicht Betroffener und zahlreicher Fachleute willkürliche Abgrenzung der sogenannten "Roten Gebiete". Frank Oesterhelweg: „Für uns ist klar: Agrar- und Umweltpolitik muss sich an Zahlen, Daten und Fakten orientieren, nicht an Stimmungen, Halbwahrheiten und Hörensagen! Nur so können wir sicherstellen, dass unsere Landwirtschaft wirtschaftlich arbeiten und bestehen kann und wir nicht in eine gefährliche Abhängigkeit von Nahrungsmittelproduzenten geraten, für die unsere Sozial- und Umweltstandards nur Schlagwörter sind!“

Uwe Schünemann: Bereitstellungslager Würgassen überflüssig – Umweltminister soll Logistikgutachten mitfinanzieren



Uwe Schünemann vor dem möglichen Standort des Bereitstellungslager Würgassen

Im Umweltausschuss des niedersächsischen Landtages findet nach Auskunft des Landtagsabgeordneten Uwe Schünemann am 18. Januar eine Unterrichtung der Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) und Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) über das geplante Bereitstellungslager Würgassen statt. „Im Vorfeld habe ich Minister Olaf Lies über die neueste Entwicklung informiert und nachdrücklich für die Mitfinanzierung eines Logistikgutachtens geworben,“ so der CDU-Politiker.

Es liege im hohen niedersächsischen Interesse, die Notwendigkeit eines Bereitstellungslagers wissenschaftlich zu untersuchen. Nach ersten Einschätzungen von Logistik-Experten sei die direkte Einlagerung durch ein intelligentes Planungs- und Steuerungssystem keine unlösbare Aufgabe.

Bereits im August 2020 habe Uwe Schünemann um Mitfinanzierung eines solchen Gutachtens gebeten. Da die Antwort des Umweltministers noch ausstehe, sollte nunmehr kurzfristig darüber entschieden werden. Es handele sich voraussichtlich lediglich um rund 25.000 €. Die andere Hälfte müsste das Land Nordrhein-Westfalen finanzieren. Gleichzeitig solle die Bundesumweltministerin zur Mitwirkung an der wissenschaftlichen Untersuchung aufgefordert werden.

„Vieles spricht dafür, dass auf die 500 Millionen Investition verzichtet werden kann,“ ist Uwe Schünemann überzeugt. Da seien 50.000 € für ein Gutachten richtig investiertes Geld.

Neben der Frage nach der generellen Notwendigkeit des Bereitstellungslagers gibt es erhebliche Zweifel an der Eignung des vorgesehenen Standortes und an dem Auswahlverfahren.

In seinem Brief an den Umweltminister weist Uwe Schünemann auf die Entscheidung der Bezirksregierung Detmold von Anfang November 2020 hin, wonach die geplante Nutzung gegen das aktuelle Regionale Raumordnungsprogramm verstößt. Der Widerspruch der BGZ sei nicht fristgerecht eingegangen. Selbst wenn dagegen Einspruch eingelegt werden sollte, sei der Ausgang der daraus resultierenden gerichtlichen Auseinandersetzung völlig offen.

Zudem hätten die renommierten Experten Rechtsanwalt Siegfried de Witt aus Potsdam und

Prof. Dr. Karsten Runge von der OECOS GmbH Hamburg in einem Gutachten nachgewiesen, dass die Standortauswahl eindeutig sachwidrig sei. Der Standort Konrad sowie seine nähere Umgebung hätte in die Beurteilung einbezogen werden müssen. So könne sogar von einer grob rechtswidrigen Entscheidung ausgegangen werden. Würgassen sei nachweislich schon allein aus verkehrstechnischer Sicht völlig ungeeignet und auch im Hinblick auf die Umweltaspekte absurd.

„Welche Diskussion damit eröffnet werden könnte, muss ich sicherlich nicht weiter ausführen,“ formuliert der heimische Abgeordnete gegenüber dem Minister und prophezeit damit Proteste auch aus dem Braunschweiger Raum.

Frank Oesterhelweg: Ölschieferabbau ist für die CDU-Landtagsfraktion keine Option – Eindeutige Positionierung im Niedersächsischen Landtag



Das „HiBs“-Team mit Wirtschaftsminister Dr. Althausmann (Erster v. l.), Landwirtschaftsministerin Otte-Kinast (Zweite v. l.) u. CDU-Fraktionsvorsitzenden Toepper (Erster v. r.)

In der Diskussion um die Ölschieferlagerstätten nahe Braunschweig ist eine Lösung gefunden. Bereits in der Jahresmitte 2020 hatten sich die CDU-Landtagsabgeordneten Veronika Koch, Frank Oesterhelweg, Christoph Plett und Oliver Schatta in der Diskussion über die Änderung des Landesraumordnungsprogramms unmissverständlich dazu bekannt, dass der Abbau von Ölschiefer im Braunschweiger Land für die CDU keine Option sei, Oesterhelweg hatte das im Landtag am 12. November ebenfalls noch einmal deutlich gemacht. "Wir wollen derartige

Eingriffe in unsere Kulturlandschaft auf keinen Fall zulassen und haben alle Hebel in Bewegung gesetzt, um hier auch politisch Klarheit zu schaffen", so die Parlamentarier.

Nach einigen Irritationen durch politische Mitbewerber ist nun in einer Gesprächsrunde der Abgeordneten und CDU-Fraktionschef Dirk Toepffer mit Wirtschaftsminister Dr. Bernd Althusmann und der für Raumordnung zuständigen Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast und ihrem Staatssekretär Prof. Dr. Ludwig Theuvsen einvernehmlich festgestellt worden, dass der Abbau dieser Lagerstätten vor dem Hintergrund des Klimaschutzes und der weiteren Entwicklung der Region für die CDU-Landtagsfraktion nicht in Frage komme. Fraktionschef Dirk Toepffer: "Wir bekennen uns zum Klimaschutz und wollen hier ein klares und unmissverständliches Zeichen setzen." Die CDU-Landtagsfraktion dringt drauf, dass vor diesem Hintergrund jegliche Festlegungen im Niedersächsischen Landesraumordnungsprogramm zu diesen Lagerstätten gestrichen werden sollen. Begleitend dazu werde der Bund aufgefordert, das Bergrecht dahingehend zu ändern, dass ein Einstieg in einen Abbau des Ölschiefers definitiv verhindert werde.

Frank Oesterhelweg: "Meine Kollegen Veronika Koch, Christoph Plett, Oliver Schatta und ich sind sowohl unserer Fraktion als auch den Mitgliedern der Landesregierung sehr dankbar für

diese eindeutige Positionierung. Der gemeinsame Einsatz mit Kommunen und Kollegen aus der Region hat sich gelohnt, wir haben Klarheit und, wenn der Bund seine Hausaufgaben gemacht hat, auch Sicherheit für die Region."

Thomas Ehbrecht: Fragenkatalog zur Anpassung der Jagdzeiten in Niedersachsen



1. Was bedeutet die Anpassung der Jagdzeit für die Jäger?

Zum einen bedeutet es, dass die Jäger schon einen Monat früher beginnen können, die mit den Behörden vereinbarten Abschussquoten für ihre mehrjährigen Planungen erfüllen zu können. Zum anderen soll es auch dazu beitragen, dass die Wildbestände, die Schäden an den Wäldern durch den Verbiss junger Pflänzlinge verursachen, ebenfalls früher reduziert werden können. Ab Anfang April beginnen häufig schon die Wachstumsphasen der Sprösslinge und diese

locken natürlich das Wild in besonderem Maße an. Ich selbst bin zwar kein Befürworter der Devise „Wald vor Wild“, verstehe aber natürlich die Sorgen und Nöte der Waldbesitzer in unserem Land. Letztendlich dauert es rein zeitlich gesehen nicht so lange, einen dezimierten Wildbestand über einige Jahre hinweg mehr zu schonen und diesen damit wieder zu erhöhen. Wohingegen die Bäume in unseren heimischen Wäldern viele Jahrzehnte, bis hin zu mehr als einem Jahrhundert brauchen, um wieder auf einen durchweg flächendeckenden Bestand zu kommen.

Ich möchte auch zu bedenken geben, dass dies ebenfalls im Hinblick auf das Flugwild gilt, denn insbesondere Gänse können durch Fraßschäden große Ernteaufschläge bei unseren Landwirten verursachen. Auch hier gilt es, dies durch die Anpassung der Jagdzeiten einzudämmen.

2. Welche Vor- und Nachteile bietet die Anpassung?

Das Hauptziel soll hier sein, die Einstandsgebiete der Populationen besser anzupassen. Dies ist besonders beim Flugwild wichtig, dessen Aktionsradius natürlich deutlich größer ist, als der des Wildes am Boden. Die Ministerien und die einzelnen Jagdverbände haben durch Jahrzehntelange Wildtiererfassung und immer wieder neu evaluiertes Wildtiermanagement die dazu notwendigen Zahlen, Daten und Fakten gesammelt

und konnten diese in die Beratungen zur nun vorgenommenen Anpassung einfließen lassen.

Die wirklichen Auswirkungen auf die Wildbestände werden sich aber natürlich erst ergeben, wenn die neuen Jagdzeiten in der Praxis Anwendung finden und sich daraus nach einigen Jagdjahren wieder belastbare Daten ermitteln lassen. Dies ist wie überall immer eine Frage der Praxistauglichkeit und es kann dadurch auch gut möglich sein, dass wir in der Politik nach einigen Jahren wieder erneute Anpassungen vornehmen müssen, sollte sich etwas als nicht dauerhaft Jagdtauglich erweisen.

3. Was sind die Hilfsmittel, von denen in der Verordnung in Bezug auf die Bekämpfung der ASP gesprochen wird?

Ein ganz aktuelles Beispiel hierfür ist die Außerkraftsetzung einiger Verordnungen in der Corona-Pandemie: Die Gesellschaftsjagden mit einer größeren Anzahl an Schützen, Treibern und Hundeführern ist auch in Pandemiezeiten unabdingbar, wenn man denn der Afrikanischen Schweinepest wirklich konsequent zuvorkommen will.

Aber es müssen auch für die technischen Hilfsmittel bei der Ansitz- oder Pirschjagd die Rahmenbedingungen bei uns in Niedersachsen angepasst werden. Ich denke hier an die Nachtziel- oder Wärmebildtechnik. Andere Bundesländer wie Bayern haben uns dies bereits voraus.

Hier können wir von ihnen ebenfalls schon auf belastbare Daten im Bezug auf die Effektivität dieser technischen Hilfsmittel zurückgreifen.

Nicht zuletzt muss man bei der Bekämpfung der ASP, wie in Brandenburg zu sehen, auf die klassischen Methoden der großflächigen Umzäunung und den damit verbundenen Sperrbezirken zurückgreifen, in denen dann das Schwarzwild - so schwer es auch fallen mag - konsequent gänzlich abgeschossen werden muss.

4. Wie hoch ist derzeit die Gefahr eines ASP-Ausbruchs in der Region?

Ich denke, Panikmache ist hier nicht angebracht, insofern, dass die ASP jeden Tag um die Ecke kommen könnte. Dass die ASP in Deutschland - sprich zuerst in Brandenburg - angekommen ist, ist Fakt. Hier muss natürlich absolut konsequent und lückenlos jederzeit eine Überwachung und Lokalisierung stattfinden, damit sich diese Seuche möglichst nicht unerkannt weiter ausbreiten kann. Jeder Jäger weiß, dass eine lückenlose Eindämmung von Wildschweinen, die bei der Überwindung von Zäunen ja sehr findig sind, sehr schwer ist. Daher muss man meiner Meinung nach bei einem Ausbruch auch ein mehrgliedriges System der Einzäunung fahren, in dem man den Ausbruch zum einen eindämmt und in den Gebieten drum herum die Bejagung so schnell es geht forciert, um eine Weitergabe von Schwein zu Schwein zu unterbinden.

Jedoch kann die Übertragung ja nicht nur innerhalb der Bestände stattfinden, sondern auch durch Tiertransporte, die eine sprunghafte Ausbreitung der ASP über mehrere hundert Kilometer zur Folge haben. Dies gilt es durch strenge Kontrollen und die Einhaltung von Hygienestandards zwingend zu verhindern. Daher sollten Einfuhren aus Risikogebieten auch möglichst vermieden werden oder, wo dies nicht möglich ist, doch wenigstens verstärkt kontrolliert werden.

5. Welchen Einfluss hat die Corona-Pandemie auf die Wildbestände?

Wir wissen, dass die Jagd systemrelevant ist, aber die Anforderungen bei den Drückjagden auf Schwarzwild Covid-19 bedingt sehr hoch waren und dadurch von vielen Jagdveranstaltern zurückhaltend durchgeführt wurden. Die große Ungewissheit durch die häufig im Tagestakt neu erschienenen Corona-Verordnungen führten natürlich bei den Gesellschaftsjagden und bei den einzelnen Jägerinnen und Jägern zu großen Unsicherheiten. (Darf ich überhaupt eine Gesellschaftsjagd durchführen? Wenn ja, mit wie vielen Gästen? Muss ich diese bei meinem zuständigen Landkreis anmelden? Entstehen für mich dadurch Unkosten? Wie ist es mit der Haftung bei einer möglichen Ansteckung der Jagdgäste auf meiner Jagd?) Gerade unsere „Älteren“ haben sich hier ohnehin von sich aus stark zurückgehalten. Aus diesen Gründen müssen wir alle

Jäger in naher Zukunft dazu anhalten, verstärkt der Einzeljagd nachzugehen und dadurch die Schwarzwildpopulation unter Kontrolle zu halten. Ob und in wie weit sich die Abschusszahlen pandemiebedingt verändert haben, kann freilich erst am Ende des Jagdjahres überblickt werden, wenn sämtliche Abschusspläne beim Deutschen Jagdverband eingegangen und ausgewertet worden sind.

Doch die Pandemie hat nicht nur Auswirkungen auf die Wildbestände:

Sitzungen und Versammlungen auf Vereins- und Verbandsebene können wir ja zwar mittlerweile schon gut im Online-meeting umsetzen. Diese Art der Durchführung wird auch noch intensiver werden und bleibt dann auch größtenteils auf absehbare Zeit so. Dies hat aber ebenfalls einen großen Einfluss auf das (Jagd-) gesellschaftliche Miteinander, denn den Jägern ist das Brauchtum und der Austausch über die Jagd und das Erlebte besonders wichtig.

6. Welche Maßnahmen wünschen die Jäger sich zur Bekämpfung der ASP?

Wichtig sind die richtigen Gesetzesgrundlagen - aber dafür haben wir die Politik und die Verbände – hier bin ich ja selbst mit eingebunden und deshalb im Thema.

Auf kommunaler- und Landesebene sind wir hier gut vorbereitet. Die Ministerien in den Bundesländern und die Jagdbehörden in den

Landkreisen haben die s. g. Präventionspläne „Jagd u. Behörden“ stehen und auch bereits geprobt - diese werden auch anhand von den immer wieder neuen Erkenntnissen und der Erfahrung mit der ASP (dort wo wir den Ausbruch schon haben / z. B. Brandenburg) übernommen. Wir erwarten aber auch von der Bevölkerung die Akzeptanz unseres Auftrages - den wir dann auch übernehmen – dass wir als Jäger eben auch verstärkt Abschüsse tätigen müssen. Ich denke, dass wird mancherorts auch kein Spaziergang werden - das wird eine Herausforderung an Mensch (Jägerinnen und Jäger) und Tier (Jagdhunde) sowie der Politik und Wirtschaft, Infektionsschutzmaßnahmen konsequent vorzugeben und so auch einzuhalten.

Nicht zuletzt müssen wir als Gesellschaft hierbei auch auf die Forschung setzen, denn einen Impfstoff gegen die ASP zu finden, kann nur auf diesem Gebiet funktionieren. Die europäische Schweinepest haben wir bereits ausrotten können und nun geht es darum, uns auch dieser neuen Herausforderung entgegenzustellen. Dass dies möglich ist, hat uns die Corona-Forschung ja eindrucksvoll bewiesen.

Bildung und Kultur

Thomas Ehbrecht: Stellungnahme zu den Fördergeldern der Corona-Schutzausrüstung



Was sagen Sie zu dem Paket?

„Das Programm zur Unterstützung von Schulen in Pandemiezeiten ist selbstverständlich sehr zu begrüßen. Wie alle Teile des öffentlichen Lebens waren auch die schulischen Einrichtungen im Bund und in den Ländern nicht auf solch eine massive Herausforderung vorbereitet und müssen daher ebenfalls mit Unterstützung des Landes auf die anhaltenden Probleme angepasst werden. Positiv hinzu kommt noch, dass die Kommunen hierfür ebenfalls rückwirkend getätigte Investitionen geltend machen können.“

Können die Schulen Ihrerseits die benötigte Ausstattung kaufen?

„Seit November 2020 können die Schulträger FFP2- und Alltagsmasken, Schutzkleidung, Acrylglas-Wände und CO2-Ampeln aus dem 20 Millionen Euro-Paket für schulische Corona-Schutzausstattung anschaffen. Die entsprechende „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Ausstattung von Schulen mit sachlicher Schutzausstattung zur Eindämmung des Infektionsgeschehens durch die COVID-19-Pandemie“ zur Abrechnung ist nach umfassenden Abstimmungen mit den Kommunalen Spitzenverbänden auf der Internetseite des Niedersächsischen Kultusministeriums veröffentlicht worden. Wie stets kommuniziert, können die Schulträger Anschaffungen abrechnen, die bereits ab dem Stichtag 17. November 2020 vorgenommen wurden. Der Bewilligungszeitraum endet mit Ablauf des 30.06. 2021.“

Pro Schülerin und Schüler stehen mit den 20 Millionen Euro rund 20 Euro für zusätzliche sachliche Schutzmaßnahmen zur Verfügung. Damit können die Schulträger sowohl Ersatz-Masken für Schülerinnen und Schüler, die ihre Mund-Nasen-Bedeckungen vergessen haben, als auch FFP2-Masken für Lehrkräfte und weitere Schulbeschäftigte, kaufen. Aber auch Visiere als Spuckschutz, Einmalhandschuhe, Einmal-Schutzkleidung, Schutzbrillen, Desinfektionsspender sowie Desinfektionsmittel und mobile Händewaschstationen stehen ebenso im Förderkatalog des Kultusministeriums wie auch

Spuckschutz aus Sicherheitsglas, Absperrbänder, oder auch Hinweisschilder zu Hygiene-Regeln. Darüber hinaus wird in Einzelfällen die Anschaffung oder Anmietung von mobilen Luftfiltergeräten zum vorübergehenden Einsatz in Unterrichtsräumen gefördert, soweit die Räume nur eingeschränkt über die Fenster gelüftet werden können.“

Für welche Ausstattung ist das Geld gedacht?

„Diese Frage wird in Teilen bereits in den Ausführungen der vorhergehenden Frage mit beantwortet.

Des Weiteren kommt noch ein zusätzliches Unterstützungspaket des Landes für pädagogische Mitarbeiter hinzu. Das Land Niedersachsen stellt kurzfristig 45 Millionen Euro für zusätzliches Personal und schulische Corona-Schutzmaßnahmen zur Verfügung, wie Niedersachsens Kultusminister Grant Hendrik Tonne am (heutigen) Dienstag erklärte. Mit den Mitteln sollen die Schulen bei der Bewältigung der Corona-Pandemie zusätzlich unterstützt werden.

Personelle Unterstützung im Schulalltag durch bis zu 5.000 pädagogische Mitarbeiter

Im Umfang von 25 Millionen Euro können die niedersächsischen Schulen für ein halbes Jahr rund 5.000 pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf 450-Euro-Basis einstellen. Für jede der rund 3.000 Schulen in Niedersachsen steht damit mindestens eine zusätzliche Kraft

zur Verfügung. Mit der Maßnahme sollen insbesondere kleine Schulen mit geringem Budget, die aus eigenen Mitteln keine Unterstützung finanzieren können, entlastet werden. Die personelle Unterstützung durch pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzt sich zusammen aus 20 Millionen Euro für unterstützendes, nicht-lehrendes Personal (rund 4.800 Personen) sowie 5 Millionen Euro für lehrendes Personal, in der Regel Studierende oder Absolventinnen und Absolventen eines Lehramtsstudiums (rund 250 Personen). In einem vereinfachten und beschleunigten Einstellungsverfahren können die Schulen Personal auswählen, die konkrete Vertragsgestaltung übernimmt als entlastende Maßnahme die Landesschulbehörde. Ziel ist, mit Beginn Dezember Einstellungen zu realisieren, damit es im Schulalltag zu schnellen Entlastungen der Kollegien kommt.“

Wann wird es bei den Schulen voraussichtlich ankommen?

„Wie immer wird die Landesregierung hier natürlich ihr Möglichstes tun, damit die beantragten Gelder auch so schnell wie möglich rückerstattet werden können. Ein schneller Abfluss der Hilfsmittel ist stets oberstes Ziel, damit die Schulen alsbald bestmöglich auf die Pandemiebedingungen vorbereitet sind. Da die abrechnungsfähigen Bewilligungen auch rückwirkend eingereicht werden können, kann hier natürlich kein

explizites Datum genannt werden, ab wann die Gelder bei den Schulen ankommen.

Der bürokratische Aufwand wird ebenso wie in anderen Teilen der Wirtschaft natürlich auch hier wieder groß sein. Ich bin hier aber optimistisch, dass jeder der Beteiligten sein Bestes geben wird, damit die finanziellen Hilfen möglichst schnell und unkompliziert dort ankommen, wo sie benötigt werden.“

Welche Herausforderungen gab es im Landtag zu bewältigen, um die Förderung durchzubekommen?

„Die Gelder sind durch die Landesregierung freigegeben worden. Mehr ginge natürlich immer, aber ich denke hier wird den Schulträgern schon ganz ordentlich unter die Arme gegriffen. Sicherlich kann man auch erwarten, dass die Schulträger auch in die entsprechende Infrastruktur investieren. Dass der Handlungsbedarf groß ist und die Infrastruktur schnellstmöglich auf die Pandemiebedingungen angepasst werden muss, darüber herrscht in allen Teilen der Politik Einigkeit.

Die Bildung darf in unserem Land nicht nachhaltig darunter leiden und deshalb ist jedem der Beteiligten die Wichtigkeit und Tragweite der Entscheidungen absolut bewusst.“

Veronika Koch: „Aktion 40.000“ – „HiBs“-Abgeordnete im Gespräch im Kulturschaffenden



Veronika Koch (links), Uwe Gottswinter (Mitte) u. Christoph Plett (rechts)

Sehr persönliche Einblicke erhielten Veronika Koch und Christoph Plett im Gespräch mit Opernsänger Uwe Gottswinter über die Arbeit am Staatstheater Hannover. Im Rahmen der „Aktion „40.000“ laden die Künstlerinnen und Künstler des Staatstheaters die Landtagsabgeordneten ein, um sich über die derzeitige schwierige Situation für Kulturschaffenden in Niedersachsen während des Corona-Lockdowns auszutauschen. „Gern unterstützen wir die Anliegen der Theatermitarbeiter. Denn wir meinen, dass Kultur wichtig ist für eine offene Gesellschaft. Hinter jedem Kulturschaffenden steht ein sehr persönliches Schicksal, das die große Aufmerksamkeit von Politik und Gesellschaft verdient“, zeigten sich die beiden HiBs-Abgeordneten beeindruckt.

Frank Oesterhelweg: Eisernes Pferd kommt nach Hannover



Frank Oesterhelweg (Zweiter v. l.) im Sommer 2020

Im vergangenen Sommer besuchte Landtagsviizepräsident Frank Oesterhelweg gemeinsam mit Bürgermeister Alexander von Veltheim zwei Künstler und Handwerker in Veltheim, die etwas ganz Besonderes geschaffen haben: Hans Kreis und Daniel Folwatschni präsentierten ihr "Eisernes Pferd", ein in mehrfacher Hinsicht beeindruckendes Kunstwerk. Zusammengesetzt aus Eisenteilen unterschiedlichster Art und Weise erlaubt, ja provoziert es geradezu spannende Einblicke in sein Inneres. Zu diesem lebensgroßen Werk, das auf einer mobilen Platzform ruht, gehören auch Bauteile aus der Anfangsgeschichte unseres in diesem Jahr 75 Jahre alt werdenden Bundeslandes Niedersachsen, nämlich Ketten-Laufräder eines alten englischen Panzers. Frank Oesterhelweg hat in Absprache mit den Künstlern vermittelt, dass das "Eiserne Pferd"

demnächst im Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur ausgestellt wird. "Ich begrüße sehr, dass Minister Björn Thümmler dieses imposante Kunstwerk im niedersächsischen Jubiläumsjahr in seinem Hause zeigen wird und ich freue mich auf den Besuch der beiden Künstler hier in Hannover", so Frank Oesterhelweg.

Wirtschaft und Verkehr

Oliver Schatta: Forderungen zur Beschränkung des ÖPNV ohne belastbare Grundlage – Wir setzen auf praxisgerecht umsetzbare Vorgaben für den ÖPNV

„Immer neue und wiederkehrende Forderungen zur Beschränkung des ÖPNV ohne belastbare Grundlage, wie im Antrag der FDP heute im Landtag gefordert, machen wenig Sinn. Der ÖPNV ist für viele Menschen eine wichtige Art der Fortbewegung geworden und die bislang bekannten Studien zeigen, dass der ÖPNV ja gerade kein besonderer Infektionsherd ist“, so der Abgeordnete Oliver Schatta. Dabei müsste natürlich die Schutzmaßnahmen eingehalten werden.

„Vielfach fehlen aber auch die Erkenntnisse, wie die Infektionswege konkret verlaufen. Aus diesem Grund, setzen wir auf praxisgerecht umsetzbare Vorgaben für den ÖPNV. Dazu gehört jetzt das Tragen medizinischer Masken, idealerweise sogar das Tragen von FFP2 Masken“, so Schatta.

„Außerdem werden Verkehrsunternehmen und Mobilitätsanbieter für den Öffentlichen Personenverkehr u.a. mit dem ÖPNV-Rettungsschirm finanziell unterstützt, damit weiter ein attraktives Beförderungsangebot herrscht und gleichzeitig der Infektionsschutz verbessert werden kann.

Dazu unterstützt Niedersachsen die ÖPNV-Aufgabenträger seit Oktober letzten Jahres schon mit einer Sonderfinanzhilfe in Höhe von 30 Mio. Euro“, so der Verkehrspolitiker.

„Ein weiteres Ziel ist es, den ÖPNV zu entzerren und die Fahrgastzahlen herunterzubekommen. Genau deshalb ist die Aufforderung zur Nutzung des Home-Office so wichtig und sollte in den Bereichen, in denen es funktioniert, in Anspruch genommen und umgesetzt werden“, so Schatta.

Christoph Plett: Unsere Sozialpartnerschaft ist ein hohes Gut, Tarifbindung bei Funktel GmbH aus Salzgitter muss erhalten bleiben



Ende des vergangenen Jahres habe ich in Salzgitter-Bad gemeinsam mit etwa 150 weiteren Menschen an einer von der IG-Metall organisierten Demonstration für die Tarifbindung bei der Salzgitteraner Firma Funktel GmbH teilgenommen.

Die Funktel GmbH ist ein Anbieter von einsatzkritischer Kommunikation, zahlreiche namhafte Unternehmen im In- und Ausland zählen zu den Kunden, Einsatzbereiche der angebotenen Produkte sind etwa der Justizvollzug, die Industrie, das Gesundheitswesen und die Öl-, Gas- und Chemieindustrie. Ein wesentlicher Teil der Aufträge kommt auch von der öffentlichen Hand, hier geht es im Wesentlichen um die Ausrüstung unserer Blaulichtorganisationen.

Unser deutsches Modell von Sozialpartnerschaft und fairen und verbindlichen Tarifvertragsverhandlungen halte ich für ausgesprochen erfolgreich - sowohl für die Beschäftigten, die für gute Arbeit gute Gehälter bekommen als auch für die Unternehmen, die ihr Geschäftsmodell auf verlässliche und gut ausgebildete Mitarbeiter begründen.

Umso ärgerlicher finde ich es, dass mit dem Austritt des Unternehmens aus dem Arbeitgeberverband Niedersachsen-Metall zum 31. März vergangenen Jahres hinter diesem Modell bei der Firma Funktel nun ein Fragezeichen steht, die unmittelbare Tarifbindung des Unternehmens ist aufgehoben, wenngleich die bisherigen tariflichen Ansprüche der IG-Metall-Mitglieder im Unternehmen bestehen bleiben.

Ich meine dennoch: Die Unternehmensleitung sollte ihre Entscheidung des Austritts aus dem Arbeitgeberverband noch einmal überdenken und an den Verhandlungstisch für einen guten

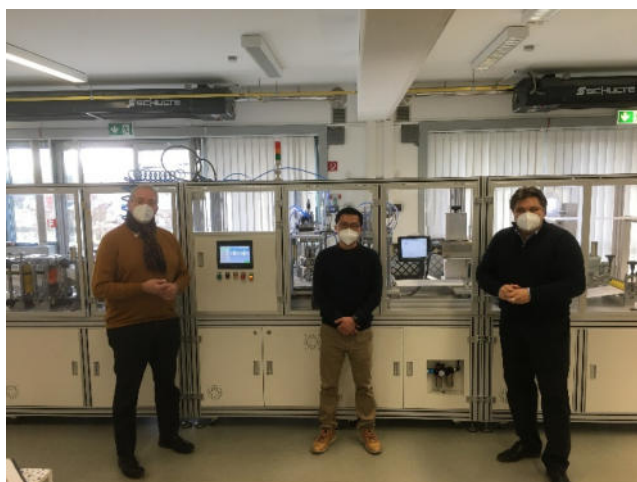
und verlässlichen Tarifvertrag – auf den sich im Endeffekt Arbeitnehmer wie Arbeitgeber verlassen können - zurückkehren.

Deshalb habe ich gerne an der Demonstration in Salzgitter-Bad teilgenommen und hoffe auf eine positive Entwicklung. Die Beschäftigten der Funktel GmbH dürfen mich an ihrer Seite wissen.

Frank Oesterhelweg: FFP2-Schutzmasken aus Wolfenbüttel – Oesterhelweg und Schäfer informierten sich über Produktion am Exer

"Lei Wang ist ein sehr gutes Beispiel für einen flexiblen und innovativen Existenzgründer, der uns in Notlagen wie der Corona-Pandemie weiter hilft", so stellvertretender Landrat Uwe Schäfer und Landtagsabgeordneter Frank Oesterhelweg während eines Besuchs am Exer. Die Gaus PSA GmbH, deren Geschäftsführer Lei Wang ist, wurde zu Beginn der Pandemie gegründet. Inzwischen können in zwei Schichten ca. 120.000 FFP2-Masken am Tag produziert werden, ein zweiter Standort auf dem Kuba-Gelände läuft an, eine größere Halle wird dringend gesucht. Die beiden Christdemokraten informierten sich während des Gesprächs mit Wang sowohl über die Produktion, die benötigten Rohstoffe und die Vermarktung als auch über

Fragen, wie gebrauchte und eventuell belastete Masken sachgerecht und ohne Risiken entsorgt und ggf. einer Wiederverwertung zugeführt werden können - ein Kontakt zur Ostfalia soll hier helfen. Oesterhelweg und Schäfer: "Es ist beeindruckend, wie schnell Lei Wang reagiert hat und mit seiner Produktion hier bei uns dazu beiträgt, Corona einzudämmen. Dabei ist es wichtig, dass wir nicht von Quellen in Übersee abhängig sind und zudem auch den Recycling-Aspekt und den Umweltschutz im Auge behalten. Das wollen wir gern weiter unterstützen!"



Frank Oesterhelweg (links.), Lei Wang (Mitte) u. Uwe Schäfer (rechts)

Wissenschaft und Forschung

Christoph Plett: 7,5 Millionen Euro Fördermittel für das Batteriecluster Region Braunschweig – Mittel speisen sich aus dem insgesamt 157,1 Millionen Euro umfassenden niedersächsischen 'Vorab' der Volkswagenstiftung, mit dem alljährlich die niedersächsische Wissenschaftslandschaft gefördert wird

Über das niedersächsische 'Vorab' erhält das Land Niedersachsen jährlich einen Teil der verfügbaren Fördermittel der VolkswagenStiftung vorab, um etwa Ausgaben in Wissenschaft, Forschung und Technik zu finanzieren. Dem Land Niedersachsen stehen als Minderheitseigentümer an Volkswagen unter anderem Mittel im Gegenwert zur jährlichen Dividende zu, die allerdings dem Gewinnabführungsanspruch an die Volkswagenstiftung unterliegen. Über die konkrete Verwendung der für das Land verfügbaren Mittel entscheidet die Landesregierung nach Vorschlag durch das Kuratorium der Stiftung, dem der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kultur, Björn Thümler, vorsitzt.

Für das vergangene Jahr erhalten wissenschaftliche Einrichtungen in Niedersachsen insgesamt 157,1 Millionen Euro aus dem niedersächsischen 'Vorab'. Dies hat das Kuratorium der Stiftung auf Vorschlag des niedersächsischen

Ministers für Wissenschaft und Kultur, Björn Thümler, entschieden. Im Detail werden insgesamt rund 76,6 Millionen Euro zur weiteren Unterstützung bereits laufender Projekte investiert, 80,5 Millionen Euro werden verwendet, um neue Vorhaben anzustoßen.

Im Bereich „Neue Forschungsgebiete“ wird auch das Batterieforschungscluster Region Braunschweig unterstützt. 7,5 Millionen Euro werden in die Erforschung der Kreislaufproduktion von Batterien (Circular Battery Production) investiert. Ziel ist es, geschlossene Material- und Stoffkreisläufe für die Batterieproduktion auf Basis skalierbarer Produktionstechnologien zu etablieren – Kreislaufwirtschaft, um dem hohen Ressourcenverbrauch entgegenzuwirken.

In der Batterie LabFactory Braunschweig der TU Braunschweig als übergreifender Organisation werden dabei insbesondere die Themen Verfahrenstechnik zur Batteriematerialherstellung und -konditionierung, nachhaltige Batteriezellenproduktion sowie Recyclingverfahren erforscht und vorangetrieben. Konkret will die TU Braunschweig mit den Mitteln aus dem 'Vorab' etwa ein Graduiertenkolleg zur Kreislaufproduktion von Batterien und eine Senior-Professur in der batteriebezogenen Materialwissenschaft errichten.

Aus meiner Sicht ist die Förderung der Batterieforschung an der TU Braunschweig ein weiterer Schritt für die Region Braunschweig bei der Entwicklung in Richtung eines echten Hotspots der Batteriezellentechnologie. Im Zusammenspiel von universitärer Forschung mit der Produktionsstätte von Lithium-Ionen-Batteriezellen von Volkswagen in Salzgitter sind wir sowohl im Bereich theoretischer Forschung als auch in der praktischen Fertigung gut aufgestellt. Wir müssen weiter daran arbeiten, das Know-how im Bereich dieser Zukunftstechnologie in unserer Region zu halten und weiter auszubauen.

Cartoon-Serie

Aus dem Leben eines Vizepräsidenten (6): Ab in die Küche!

Es mag überraschen, aber Politiker können sogar (mit ein wenig Hilfe) kochen; und ehrlich gesagt, bereitet es mir Vergnügen, mit Landfrauen und Kindern Gemüse zu schnippeln und Suppe zu rühren oder in der Ökumenischen Suppenküche in Wolfenbüttel ein leckeres Mittagessen zu bereiten.

Dies sind nur zwei Beispiele für viele sehr unterschiedliche Begegnungen mit Menschen in Betrieben, Vereinen und Verbänden, bei Vorträgen, Festen und besonderen Veranstaltungen.

Alle sind wichtig und interessant; wenn auch nicht immer sooo lecker wie hier in der Küche.



Bild: Tobi Wagner



Ausgabe Januar 2021

Terminvorschau und Veranstaltungshinweise

17. bis 19. Februar 2021 | Landtag Niedersachsen

Livestream zum Plenum des Niedersächsischen Landtages: <http://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/landtag461.html>

24. Februar 2021 | 19:00 Uhr | online | Uwe Schünemann

Facebook live: Landtagsstammtisch mit Uwe Schünemann

12. September 2021 | Niedersachsen

Kommunalwahlen im Land Niedersachsen

26. September 2021 | Niedersachsen

Mögliche Stichwahlen der Kommunalwahlen im Land Niedersachsen

HiBs im Niedersächsischen Landtag

Impressum

HiBs-Team im Niedersächsischen Landtag
c/o Uwe Schünemann
Politischer Referent Luca Heinemann
Reinhäuser Landstraße 5
37083 Göttingen
Tel.: 0511 3030-3215
Mail: hibs-team.heinemann@outlook.de

Die Abgeordneten des HiBs-Teams

Thomas Ehbrecht
Veronika Koch
Frank Oesterhelweg
Christoph Plett
Laura Hopmann
Oliver Schatta
Uwe Schünemann